



Nr. 24

23. Juni 2022

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Internationaler Tag des öffentlichen Dienstes

[Staat und Verwaltung: Zeitenwende erfordert Umsteuern](#)

Deutscher Steuer-Gewerkschaftstag

[Personalmangel kann sich der Staat nicht leisten](#)

Bundesvertretertag VBOB

[Silberbach: Attraktivität des Staatsdienstes stärken](#)

Weltflüchtlingstag

[Geflüchteten Menschen das Ankommen erleichtern -
zuständige Behörden angemessen ausstatten](#)

Internationaler Tag des öffentlichen Dienstes

[Staatsdienst bietet Sicherheit und vielfältige Perspektiven](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

[Öffentlicher Dienst: Fachkräftegewinnung soll in Koalitionsvertrag](#)

Baden-Württemberg

[Öffentlicher Dienst: Beschäftigte sollen vor Gewalt
geschützt werden](#)

Berlin

[dbb Landesbund im Gespräch mit Grünen-Fraktion](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Weselsky als Bundesvorsitzender bestätigt](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)

[Lehrkräfte: Kritik an Absenkung des Qualitätsniveaus und der Besoldung](#)

Vereinigung Cockpit (VC)

[Chaos an den Flughäfen: Konzertierte Aktion notwendig](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Internationaler Tag des öffentlichen Dienstes Staat und Verwaltung: Zeitenwende erfordert Umsteuern

Angesichts der großen Veränderungen und Gefahren für das Land hat dbb Chef Ulrich Silberbach angemahnt, die Reform des öffentlichen Dienstes endlich offensiv anzugehen.

„Digitalisierung, Pandemie, Demografischer Wandel, Krieg, Klimawandel: Das sind nur einige Herausforderungen und Krisen, denen wir uns als Gesellschaft gerade stellen müssen. Für die Politik in Bund, Ländern und Kommunen bedeutet das, die Daseinsvorsorge endlich zu modernisieren und vor allem zu stärken. Denn klar ist: Ohne einen funktionsfähigen öffentlichen Dienst wird keine der genannten Aufgaben zu meistern sein. Wenn wir also bei dieser Zeitenwende nicht aus der Kurve getragen werden wollen, dann ist es jetzt höchste Zeit zum Umsteuern“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach anlässlich des Internationalen Tag des öffentlichen Dienstes am 23. Juni 2022.

Trotz der vielen Krisen der vergangenen Jahre habe sich der öffentliche Dienst bisher als Stabilitätsanker bewiesen, betonte Silberbach. „Obwohl die Trendwende bei der Personalstärke nur langsam und nicht in allen Bereichen gelingt, haben die Beschäftigten ihre

Pflicht erfüllt und den Laden am Laufen gehalten. Angesichts der über lange Zeit verschleppten Fach- und Nachwuchskräftegewinnung sowie der teilweise kaum noch vermittelbaren Sachausstattung kann diese Leistung gar nicht hoch genug bewertet werden. Und dafür haben die Kolleginnen und Kollegen unserer aller Dank verdient“, betonte der dbb Chef.

Notwendig sei nun ein entschlossener Kraftakt, um besonders die Digitalisierung der Verwaltung voranzutreiben. Silberbach: „An wohlklingenden Plänen – übrigens oft genug von teuren Beratungsfirmen geschrieben – und zuständigen Stabs- und Koordinierungsstellen mangelt es uns nun wirklich nicht. Was wir endlich brauchen, ist konkrete Umsetzung und der nachhaltige Aufbau von Kompetenzen innerhalb der Verwaltung – und insbesondere ein echtes Miteinander von allen politischen Ebenen und Institutionen statt digitaler Kleinstaaterei.“

Deutscher Steuer-Gewerkschaftstag Personalmangel kann sich der Staat nicht leisten

Solide Einnahmen sind für den Staat unabdingbar, um seine ständig steigenden Aufgaben zu erfüllen. Deshalb müssen Finanzbehörden entsprechend ausgestattet werden, fordert der dbb.

„Der Staat ist nicht nur ein abstraktes Gebilde, der Staat sind wir alle. Er sorgt für die notwendige Infrastruktur, damit Deutschland ein lebenswerter und wirtschaftlich erfolgreicher Standort ist und bleibt. Und daher sind die Kolleginnen und Kollegen in den Finanzbehörden auch so wichtig“, sagte die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Kirsten Lühmann beim Gewerkschaftstag der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) am 22. Juni 2022.

Steuervermeidung und -hinterziehung stünden einer vernünftigen Finanzierung der staatlichen Aufgaben entgegen und müssten schon aus Gründen der Gerechtigkeit konsequent bekämpft werden. „Insofern ist es unerlässlich, dass die Finanzbehörden personell und strukturell adäquat ausgestattet werden. Denn Steuergerechtigkeit gibt es eben nicht zum Nulltarif“, machte Lühmann deutlich. Tatsächlich würden abertausende Beschäftigte fehlen

– und sich die Lage aufgrund des demografischen Wandels noch weiter verschärfen. „Das ist leider im gesamten öffentlichen Dienst nichts Neues. Und das kann sich unsere Gesellschaft nicht dauerhaft leisten – nicht nur in finanzieller Hinsicht.“

Der öffentliche Dienst habe sich zwar in den Krisen der letzten Jahre als Stabilisator des Landes erwiesen, aber das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Leistungsfähigkeit des Staates sei zuletzt trotzdem deutlich zurückgegangen. Lühmann: „Der öffentliche Dienst kann und muss Vorreiter sein für eine attraktive und digitale Arbeitswelt. Nur so werden wir die Menschen von uns überzeugen können: sowohl als Deutschlands größter Arbeitgeber als auch als Dienstleister für Bürgerinnen und Bürger.“

Der Gewerkschaftstag der DSTG wählte auch einen neuen Bundesvorsitzenden: Florian Köbler. Der 39-jährige Diplom-Finanzwirt (FH) und geprüfte Steuerberater aus Bayern wurde vor fünf Jahren zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Seit 2018 ist Köbler Präsident der UFE, der Union of Finance Personnel in Europe. Margaret Horb, Andreas Krüger, Andrea Sauer-Schnieber und Jens Vernia wurden zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Auch sie sind in der DSTG bereits in verschiedenen Funktionen aktiv. Die neue Bundesleitung wurde für die nächsten fünf Jahre gewählt. Sie will sich weiterhin mit Nachdruck für die beruflichen Interessen ihrer mehr als 70.000 Mitglieder starkmachen – beispiels-

weise eine gute Bezahlung, berufliche Entwicklungsmöglichkeiten oder dringend notwendige Talentmanagementkonzepte.

Köblers Vorgänger, Thomas Eigenthaler (64), der auch stellvertretender Bundesvorsitzender des dbb ist, war elf Jahre lang DSTG Bundesvorsitzender und zuvor acht Jahre lang stellvertretender Bundesvorsitzender. Ihn ernannte der Gewerkschaftstag in Anerkennung und Würdigung seiner Verdienste zum Ehrenvorsitzenden der DSTG. Auch Karl-Heinz Leverkus (66), seit 2012 stellvertretender DSTG-Bundesvorsitzender und Vorsitzender der DSTG-Tarifkommission, hatte seine Ämter zur Verfügung gestellt. Er wurde vom Steuer-Gewerkschaftstag zum Ehrenmitglied der DSTG ernannt.

Bundesvertretertag VBOB

Silberbach: Attraktivität des Staatsdienstes stärken

Taten statt Lippenbekenntnisse: dbb Chef Ulrich Silberbach fordert eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit für Bundesbeamtinnen und -beamte.

„Fortschritt, Weiterkommen, sich für die Zukunft aufstellen – das braucht Veränderung und Verlässlichkeit. Denn Veränderung ist nur möglich, wenn verlässliche Rahmenbedingungen gegeben sind“, betonte dbb Chef Ulrich Silberbach auf dem Bundesvertretertag der Gewerkschaft Bundesbeschäftigte VBOB am 20. Juni 2022 in Hamburg. Und ein starker, verlässlicher öffentlicher Dienst sei auch die Grundvoraussetzung für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat.

Gerade weil sich der öffentliche Dienst in jüngsten Krisen als zentraler Stabilisator erwiesen habe, warnte der dbb Bundesvorsitzende davor, jetzt an der falschen Stelle zu sparen: „Nur mit einem gut aufgestellten öffentlichen Dienst können wir all diese Aufgaben meistern.“ Vor allem die Verkürzung der Wochenarbeitszeit der Bundesbeamtinnen und Beamten sei lange überfällig: „Wir haben genug Lippenbekenntnisse der Vorgängerregierung. Nun sind konkrete Maßnahmen gefragt, um einen wirksamen Einstieg in die Reduzierung der Wochenarbeitszeit zu ermöglichen.“

Zudem gebe es bei Geschwindigkeit und Konsequenz der Digitalisierung der Verwaltung großen Nachholbedarf. Deswegen begrüßt der dbb Chef den Digitalisierungstarifvertrag Bund, den Dienstherrn und Gewerkschaften im ver-

gangenen Jahr geschlossen haben: „Der Vertrag sichert Arbeitsplätze und bietet neue Möglichkeiten für die Kolleginnen und Kollegen beim Bund, vor allem durch den Anspruch auf Qualifikation. Eine moderne und innovative Verwaltungskultur, die auf Eigenverantwortung und Vertrauen setzt, ist nicht nur notwendig, um attraktiv für Nachwuchskräfte zu sein, sondern auch um die Herausforderungen des digitalen Wandels meistern zu können.“

Außerdem sei auch die amtsangemessene Alimentation ein wichtiger Attraktivitätsfaktor für den Staatsdienst. „Ständige einseitige Zugriffe auf die Besoldung haben in der Vergangenheit zu einer unzulässigen Unteralimentation geführt. Nachdem im Länderbereich nun nahezu alle Gebietskörperschaften Korrekturen angekündigt haben, erwarten wir auch ein entsprechendes Signal des Bundes“, so Silberbach.

Am drauffolgenden Tag, dem 21. Juni 2022, wurde der VBOB Bundesvorsitzende Frank Gehlen mit rund 97 Prozent der Stimmen vom Bundesvertretertag in seinem Amt bestätigt. Der 56-jährige Diplom-Verwaltungswirt hatte im Vorfeld der Wahl unterstrichen, dass die Digitalisierung der Bundesverwaltung für seine Gewerkschaft absolute Priorität hat: „Wir hoffen nicht, dass wir bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten müssen, bis die Bundesverwaltung durchgehend digitale Strukturen hat.“

Gehlen begrüßte ausdrücklich, dass Bundeskanzler Olaf Scholz die Digitalisierung in Deutschland vorantreiben wolle, forderte aber zugleich mehr Teilhabe der Beschäftigten ein.

„Digitalisierung ist zuerst eine Frage der Organisation, dann erst der Technik. Die damit einhergehenden Veränderungen der Arbeitswelt gehen alle Beschäftigten an. Wir brauchen mehr digitale Teilhabe“, so der VBOB Chef.

Weltflüchtlingstag

Geflüchteten Menschen das Ankommen erleichtern – zuständige Behörden angemessen ausstatten

Die Arbeit mit Menschen, die vor Krieg und Vertreibung fliehen, erfordert besonders viel Sensibilität und Zeit. Die zuständigen Behörden müssen entsprechend ausgestattet werden.

Darauf hat der Vorsitzende der dbb jugend Matthäus Fandrejewski anlässlich des Weltflüchtlingstags am 20. Juni 2022 hingewiesen. „Seit Beginn des Kriegs in der Ukraine sind Millionen Ukrainer:innen auf der Flucht vor Gewalt und Zerstörung. Hunderttausende sind auch in Deutschland angekommen und haben hier zumindest temporär ein Zuhause gefunden. Unseren Kolleg:innen in den Behörden und Einrichtungen, die sie dabei mit großem Einfühlungsvermögen begleiten, aber auch der Zivilgesellschaft, die sich ehrenamtlich engagiert, gilt unser aller Dank.“

Es sei die Aufgabe der Politik dafür zu sorgen, dass diese Arbeitsbereiche personell und sachlich so ausgestattet sind, dass die Betreuung von Geflüchteten unbürokratisch und

menschlich zu gestalten ist. „Immerhin handelt es sich hier um teilweise stark traumatisierte Menschen, das kann nicht einfach zusätzlich zu den normalen Aufgaben nebenbei erledigt werden“, erklärte Fandrejewski.

Der Vorsitzende der dbb jugend warnte zudem davor, die Aufnahme von Geflüchteten und die Diskussion um den Arbeits- und Fachkräftemangel über Gebühr zu vermischen. „Zunächst geht es hier um humanitäre Hilfe, auch wenn sie einen schnellen und unkomplizierten Zugang zum Arbeitsmarkt umfassen sollte. Keinesfalls ist diese Hilfe aber eine Alternative zu einer durchdachten Demografie-Strategie oder Einwanderungspolitik“, stellte der dbb Chef klar.

Internationaler Tag des öffentlichen Dienstes

Staatsdienst bietet Sicherheit und vielfältige Perspektiven

Gerade in unsicheren Zeiten könnte der öffentliche Dienst bei Nachwuchskräften punkten – wenn er jetzt zügig modernisiert wird.

„Gerade junge Menschen haben angesichts von Krieg, Klimawandel und Inflation natürlich Zukunftsängste. Das kann der öffentliche Dienst bei der Personalgewinnung nutzen, denn er bietet eine gewisse Sicherheit, und gleichzeitig sind die Berufsbilder vielfältig. Und das grundsätzliche Interesse an einer Arbeit im Dienst der Gemeinschaft ist bei der neuen Generation auch vorhanden“, erklärte Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, zum Internationalen Tag des öffentlichen Dienstes am 23. Juni 2022.

Um dieses Potenzial voll zu nutzen, müssten aber umfassende Veränderungen im Staatsdienst auf den Weg gebracht werden. Sandra Heisig, erste stellvertretende Vorsitzende der dbb jugend, sagt dazu: „Wir wollen mit innovativen Ideen die Modernisierung des öffentlichen Dienstes vorantreiben. Unsere bisherigen Vorschläge werden wir dafür weiterentwickeln und konkretisieren. Zu diesem Zweck läuft seit heute und bis zum 31. Juli 2022 die Ausschreibung für unsere AG ‚Moderner Staat‘ – wir freuen uns auf zahlreiche motivierte Bewerbungen!“



Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

Öffentlicher Dienst: Fachkräftegewinnung soll in Koalitionsvertrag

Seit Jahren fordert der DBB NRW eine Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes, um dringend fehlende Fachkräfte zu gewinnen. Die alte Landesregierung habe hier nur halbherzig agiert, CDU und Grünen müssten sich des Themas nun in ihrem angestrebten Koalitionsvertrag widmen. Auch eine Unternehmensberatung mahnt zur Eile.

So mahnt eine Studie der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PwC, die Belastung wachse stetig. Wenn sich nicht sofort etwas ändere, sei bundesweit bereits 2025 mit einer Lücke von 765.000 Fachkräften zu rechnen – 2030 sogar mit mehr als einer Million. „NRW, als größtes Bundesland, wird die Auswirkungen dieses Personalnotstandes dabei am stärksten zu spüren bekommen“, so Roland Staude, Vorsitzender des DBB NRW. „Wir hoffen inständig, dass die künftige Landesregierung jetzt nicht sehenden Auges in die Katastrophe läuft. Denn das Problem ist hinlänglich bekannt.“

Staude rät, die Warnungen der Wirtschaftsexperten ernst zu nehmen. „Die Politik kann unsere Forderungen jetzt nicht länger abtun, wenn eine bedeutende Wirtschaftsberatung zu den gleichen Ergebnissen kommt.“ Es sei höchst fahrlässig, so Staude, die Attraktivitäts-offensive in der nächsten Legislatur erneut auszubremsen. „Es gibt kein ‚Weiter so!‘. Wir fordern deshalb die künftige Landesregierung auf, die Ankündigung ihrer Wahlprogramme zu erfüllen und den öffentlichen Dienst tatsächlich zu stärken – und zwar nachhaltig.“

Baden-Württemberg

Öffentlicher Dienst: Beschäftigte sollen vor Gewalt geschützt werden

„Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst nehmen wir nicht hin.“ Mit dieser Zusage haben sich der Beamtenbund Baden-Württemberg (BBW) gemeinsam mit dem baden-württembergischen Innenministerium, den kommunalen Spitzenverbänden und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) in einer gemeinsamen Erklärung für einen besseren Schutz von Beschäftigten im öffentlichen Dienst vor Gewalt bekannt.

Zugleich haben die Unterzeichnenden der Erklärung ein Maßnahmenpaket vereinbart, um die Bekämpfung der Gewalt zu intensivieren. „Die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten haben für uns sehr hohe Priorität. Deshalb handeln wir gemeinsam und entschlossen“, erklärte Innenminister Thomas Strobl. Mit der Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung setze man ein starkes Zeichen – passend zum Internationalen Tag des Öffentlichen Dienstes am 23. Juni.

BBW Vize Joachim Lautensack gab sich im Hinblick auf das vereinbarte Maßnahmenpaket vorsichtig zuversichtlich: „Mit einem umfassenden Lagebild müssen wir endlich eine verlässliche Datenbasis für einen notwendigen und wirkungsvollen Schutz unserer Beschäftigten schaffen. Die darauf aufbauenden Maßnahmen müssen geeignet sein, den unerträglichen Negativtrend der letzten Jahre rasch zu brechen und umzukehren.“

Die Landesverwaltung, die kommunalen Landesverbände und die Gewerkschaften werden jetzt gemeinsam ihre Bemühungen zur Bekämpfung der Gewalt intensivieren. Eine interministerielle Arbeitsgruppe zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst soll unter anderem eine Landeskonzepktion entwickeln und die Kompetenzen von Land, Kommunen und Gewerkschaften bündeln.

Gemeinsam wollen Innenministerium, Städte-tag, Gemeindetag, Landkreistag, BBW und DGB: eine für alle Beteiligten einheitliche Definition von Gewalt gegen Beschäftigte erarbeiten, die in allen Teilen des öffentlichen Dienstes in Baden-Württemberg Geltung finden soll; ein aussagekräftiges Lagebild erstellen, um Übergriffe sichtbar zu machen sowie Entwicklungen und Tendenzen verlässlich feststellen zu können; die Gesamtgesellschaft für das

Problem sensibilisieren; bestehende wirkungsvolle Maßnahmen in den Bereichen Prävention, Intervention und Nachsorge zusammenführen und um neue Maßnahmen ergänzen; darauf aufbauend eine Gesamtstrategie zur

Bekämpfung der Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst in Form einer Landeskonzption entwickeln.

Berlin

dbb Landesbund im Gespräch mit Grünen-Fraktion

Zu einem ersten Gespräch nach der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin trafen sich am 16. Juni 2022 die Fraktionsspitze von Bündnis 90/Die Grünen und Vertreter der Landesleitung des dbb berlin.

Der dbb Landesvorsitzende Frank Becker machte deutlich, dass mit einer Zustimmung zu einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte in Berlin durch den dbb berlin nicht zu rechnen sei, solange die Besoldung nicht an die des Bundes angeglichen und eine Reparatur der A-Besoldung (wie bei der Richterbesoldung) nicht erfolgt ist.

Weitere Themen waren unter anderem Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, die Verbeamtung von Lehrkräften und die damit verbundenen rechtlichen Notwendigkeiten sowie die Kritik an den nicht erfolgten Beförderungen im Rahmen von Bewerbungs-/Stellenbesetzungsverfahren während der vorläufigen Haushaltsführung.

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) Weselsky als Bundesvorsitzender bestätigt

Die GDL-Generalversammlung in Frankfurt am Main hat Claus Weselsky am 21. Juni 2022 mit 97 Prozent der Stimmen im Amt als Bundesvorsitzender der Gewerkschaft bestätigt.

Weselsky, der auch stellvertretender Vorsitzender des dbb ist, erklärte in seiner Grundsatzzrede: „Mit der Ausweitung unseres Organisationsbereichs vom Zugpersonal auf das gesamte direkte Personal haben wir eine anspruchsvolle Aufgabe übernommen. Die diesjährigen Betriebsratswahlen haben eindrucksvoll gezeigt, dass dies die richtige Entscheidung war. Wir konnten rund 100 Mandate allein in den Wahlbetrieben der Deutschen Bahn mehr erzielen und haben somit fast 700 Betriebsratsmitglieder. So können wir die Interessen unserer Kollegen noch besser vertreten.“

Das sei auch nötig, denn die Deutsche Bahn (DB) lasse nichts unversucht, um die GDL zu schwächen und damit die Rechte der Eisenbahner auszuhebeln. „Schließlich möchte sie viel lieber mit ihrer treuen Hausgewerkschaft billige Sanierungstarifverträge schließen. Überhaupt tut sie alles, damit unsere Tarifverträge in so wenig Betrieben wie möglich angewendet werden müssen. So hat die DB die Anzahl dieser Betriebe willkürlich auf 17 von 74 Wahlbetrieben in den Eisenbahnverkehrsunternehmen festgelegt. Die zur gerichtlichen Feststellung der Mehrheiten in den Betrieben notwendige

Unterschrift unter die Tarifverträge hat sie lange verzögert. Das ist bares Geld für die DB, denn sie unterläuft unsere besseren Ruhetagsregelungen und entzieht unseren Mitgliedern die erkämpften Rechte. Kein Arbeitgeber in diesem Land kann erfolgreich sein, wenn er sich gegen seine eigenen Beschäftigten stellt. Deshalb wird auch der DB-Konzern damit scheitern“, so der GDL Chef.

Weselsky kündigte an, dass die GDL weiterhin stark, unbestechlich und erfolgreich für ihre Ziele kämpfen werde: „Wir müssen unsere erfolgreichen Tarifabschlüsse für das Zugpersonal für alle Eisenbahner umsetzen. Die Entgelt- und Arbeitsbedingungen der Eisenbahner in ganz Deutschland müssen weiter verbessert werden: Denn nur mit attraktiven Rahmenbedingungen werden junge Menschen auch künftig noch Eisenbahner werden wollen und das ist dringend nötig bei dem leergefegten Arbeitsmarkt. Wegen des Tarifeinheitsgesetzes (TEG) benötigen wir dazu die Mehrheit der Mitglieder in den Betrieben – und zwar unabhängig davon, wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Sommer entscheidet. Auch wenn er beschließt, dass das TEG nicht

mit der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar ist, müssen wir noch mehr Eisenbahner von unseren Leistungen überzeugen. Die DB und ihre Hausgewerkschaft werden nichts unversucht lassen, um das zu verhindern, damit sie weiterhin mauscheln und billige Sanierungstarifverträge schließen können. Die Mitgliederentwicklung in all unseren sieben Bezirken und bei unseren 59 Tarifpartnern

lässt uns dabei aber zuversichtlich in die Zukunft schauen. Nicht zuletzt müssen wir unsere politische Arbeit verstärken. Der Verkehr muss endlich auf das umweltfreundlichste Verkehrsmittel Schiene verlagert werden – und zwar nicht nur in Sonntagsreden. Nur ein zukunftsfähiges Eisenbahnsystem gewährt dauerhaft Arbeitsplätze für unsere Eisenbahner.“

Deutscher Philologenverband (DPPhV)

Lehrkräfte: Kritik an Absenkung des Qualitätsniveaus und der Besoldung

Der Deutsche Philologenverband (DPPhV) kritisiert den programmatisch qualitätssenkenden Umgang der Kultusministerinnen in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit nachzuqualifizierenden Lehrkräften und fordert die Kultusministerkonferenz (KMK) auf, dies bei der heute in Berlin beginnenden Konferenz zu thematisieren und im mehrheitlichen Konsens der Länder zu unterbinden.

Wegen des Lehrkräftemangels benötigen in Brandenburg die nachzuqualifizierenden Lehrkräfte für ihre Verbeamtung künftig keinen Staatsexamens- oder Masterabschluss mehr, um ein Berufsleben lang Schülerinnen und Schüler zu unterrichten. Dazu hat die Kultusministerin mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ausgehandelt, dass diese Lehrkräfte in A11 und A12 eingestellt werden. Die GEW hatte bisher für die Anhebung der Besoldung der Grundschullehrkräfte nach A13 plädiert. Jetzt beteiligt sie sich – entgegen früherer anderer Bekundungen – an der Senkung von Anforderungsniveau und Besoldung.

In Mecklenburg-Vorpommern wird aktuell über die Verordnung zum Seiteneinstieg, in der zwar ein höherer Wert auf die Qualifizierungsvorbereitung und -wege gelegt wird, beraten. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass man sich in Mecklenburg-Vorpommern ohne einen akademischen Abschluss für das Lehramt nachqualifizieren kann.

Die Kultusministerkonferenz – und damit auch alle Länder – haben 2013 bei der „Gestaltung von Sondermaßnahmen zur Gewinnung von Lehrkräften zur Unterrichtsversorgung“ festgelegt, dass bei etwaigen Sondermaßnahmen ein Masterabschluss oder das Staatsexamen als

Voraussetzung gelten. „Wenn Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern die Anforderungen an Quer- und Seiteneinsteiger derart senken, wird ein grundständiges Lehramtsstudium immer weniger attraktiv. Ohne Abstimmung mit der KMK machen die beiden Länder einen Notfallplan zur Regel“, kritisiert die DPPhV Vorsitzende Susanne Lin-Klitzing.

Wenn einzelne Länder bewusst das Niveau senken würden, so wie es Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit ihren Modellen tun, und gemeinsame Qualitätsmaßstäbe nicht mehr eingehalten werden, setzen sie die Bildungsgerechtigkeit zwischen den Ländern zukünftig noch mehr aufs Spiel. Lin-Klitzing: „Damit werden sämtliche bisherigen Mindestanforderungen geschleift. Wir kritisieren das und fordern die Kultusministerinnen und Kultusminister der Länder und die Kultusministerkonferenz nachdrücklich auf, mindestens am Niveau der eigenen Beschlüsse von 2013 festzuhalten und nun auch endlich die umfassenden Standards für Akademikerinnen und Akademiker zu entwickeln, die per Nachqualifikation gerne Lehrkräfte werden wollen. Ein modularisiertes Universitätsmodell wie das sächsische sollte als Standard gelten, denn es muss um die Qualität der Bildung gehen und nicht um ein verkapptes Sparmodell.“

Vereinigung Cockpit (VC)

Chaos an den Flughäfen: Konzertierte Aktion notwendig

Der massive Personalmangel im Luftverkehr sorgt für chaotische Zustände an den Flughäfen. Die Lage könnte sich in der Ferienzeit sogar noch verschärfen. Darauf hat die VC am 21. Juni 2022 hingewiesen.

Die Buchungszahlen seien gut, die Menschen wollten nach der Pandemie wieder reisen, aber der massive Personalmangel in der Branche lasse sich nicht schnell genug beheben, um auf den Ansturm reagieren zu können. „Der akute Personalmangel ist selbstverschuldet“, so Stefan Herth, Präsident der VC. „Die Zeit des Outsourcens und das Mantra der Kostensenkungen ist am Ende, denn das System funktioniert offensichtlich in der bisherigen Form nicht mehr. Was die Branche jetzt braucht ist eine konzertierte Aktion von Politik, Unternehmen und Gewerkschaften, um die akuten Probleme sofort anzugehen. Die Politik muss auf die Unternehmen einwirken, um endlich für nachhaltigere Arbeitsbedingungen sorgen, damit die Branche wieder für Arbeitnehmer attraktiv wird – das gilt für sämtliche Beschäftigte der Branche. Von einer vorausschauenden Personalpolitik profitieren nicht nur die Beschäftigten, sondern auch die Unternehmen.“

Die VC hatte bereits im letzten Sommer davor gewarnt, dass ein schnelles Wiederhochfahren des Luftverkehrs nach der Corona-Krise nur möglich ist, wenn die Beschäftigten an Bord gehalten werden, und eine vorausschauende Personalpolitik angemahnt. Stattdessen hätten die Unternehmen die Pandemie als Vorwand genutzt, um Stellen abzubauen, Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und Beschäftigte mit Kündigungen zu bedrohen.

Der Staat habe die Unternehmen mit Milliardenhilfen unterstützt, um die Krise abzufedern, es aber versäumt, diese an Bedingungen zu knüpfen. So sei letztlich mit Staatshilfen der Job Abbau finanziert worden. Der Staat dürfe sich daher jetzt nicht aus der Verantwortung stellen, sondern müsse gemeinsam mit Firmen und Gewerkschaften den Luftverkehr stabilisieren.

Namen und Nachrichten

Am 22. Juni 2022 sind in München acht Mannschaftsbusse der Bundespolizei zerstört worden. Verletzt wurde niemand. Ein Zusammenhang mit dem anstehenden G7-Gipfel ist sehr wahrscheinlich. Der Bundesvorsitzende der **Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)** Rainer Wendt verurteilte den Brandanschlag. Gegenüber WELT-TV sagte er, solche Gewalttaten würden einmal mehr zeigen, dass es Kriminelle gibt, die auf diese Weise ihre Ablehnung gegenüber Staat und Politik deutlich machen. In einem demokratischen Land wie Deutschland müsse es möglich sein, solche Treffen auf höchster politischer Ebene abzuhalten.

Zum 1. Juli 2022 werden Produkte zur Verwendung in E-Zigaretten (bspw. Liquids) Steuergegenstand im Sinne des Tabaksteuergesetzes.

Hierzu forderte die **Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)** – wie bereits bei der zusätzlichen nationalen Steuer auf Wasserpfeifentabak und Heat-not-Burn-Produkte (seit dem 1. Januar 2022) – die Aufnahme von Einfuhrfreimengen und Richtmengen beim Verbringen aus anderen Mitgliedsstaaten zu privaten Zwecken. Dies erfolgte im ersten Gesetzgebungsverfahren nicht, nun wurden sie aufgenommen. Für erhitzten Tabak beträgt die Richtmenge 800 Stück (Rauchportionen) und für Substitute für Tabakwaren beträgt die Richtmenge 1 Liter, jedoch höchstens 10 Kleinverkaufspackungen. Damit wurde auch Rechtssicherheit in der Praxis für die Kolleginnen und Kollegen des Zolls geschaffen. Für alle Änderungen, die mit dem Tabaksteuermmodernisierungsgesetz einhergehen, fordert der BDZ auch weiterhin mehr Personal und eine angemessene Sachausstattung.

Termine:

27. Juni 2022, Berlin

8. dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST

„Europarechtliche Einflüsse auf das Beamtenrecht“

Mehr Infos unter

<https://www.dbb.de/veranstaltungen/dbb-forum-oeffentlicher-dienst.html>
